

Es mag manches in den alten Gefindeordnungen stehen, wird aber nicht angenommen, weil die Verhältnisse sich als stark erweisen haben als die Gesetze. Die Gefindeordnungen gebe ich Ihnen gerne preis, aber das Sie das Gefinde und die Vandalen zu sehr geschädigt haben, das trifft nicht zu. Unter den Verhältnissen auf dem Lande, der Arbeiter, leidet nicht so sehr der große Bauer, sondern vielmehr der kleine und mittlere Bauer. Ich kenne das aus meiner braunschweigischen Heimat. Die Arbeiter darf man nur mit Glaschandschuhen anfassen. Die Frage des Koalitionsrechts halte ich nicht für so bedeutend. Denn wenn jetzt die Vandalen zusammen treten wollen, um ihre Löhne erhöht zu sehen, so steht ihnen doch kein Recht im Wege. Und Streiks von ländlichen Arbeitern haben wir doch alle Jahre; namentlich, seitdem wir Auslands-Arbeiter haben. Die Polen laufen einfach weg. Was soll man da machen? Den Sozialdemokraten möchte ich doch sagen: der Streik ist ein zweischneidiges Schwert. Wir stehen die alten Leute, die nicht mehr so leistungsfähig sind, nicht vor den Kopf und entlassen sie nicht. Das könnte aber anders werden, wenn die Gegenläufe sich so aufspitzen, wie das die Folge eines Koalitionsrechts sein würde! Die Gefinde-Ordnung halten wir für reformbedürftig. Auch sind wir für Einbeziehung der Vandalen in die Krankenversicherung, aber wir halten ein Koalitionsrecht ohne Kautelen nicht für möglich. — Abg. Graf v. Helldorf (Voll.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dem sozialdemokratischen Antrag. — Abg. Stauffert (Birnch. Bg.): Bisher waren die ländlichen Arbeiter für die Sozialdemokraten unerschließbar. Dieser Antrag soll ihnen offenbar den Weg bereiten. (Sehr gut rechts.) Der Antrag bedeutet einen direkten Anreiz zum Kontraktbruch. (Sehr richtig!) Wir sind nicht der Meinung, daß diese Materie reichsgefällig geregelt werden kann. Man muß die Vandalen schärfen machen, an schärfte Arbeiter kommt die Sozialdemokratie nicht heran. Der sozialdemokratische Antrag könnte nur angenommen werden, wenn vorher das Vetter auch reichsgefällig geregelt werde. (Weiterkeit.) — Abg. Götze (Voll.) begrüßt den sozialdemokratischen Antrag mit Freuden und stimmt ihm zu. (Weißall bei den Sozialdemokraten.) Solange der Landarbeiter geringere Freiheiten hat, als der industrielle, wird der Zug in die Großstädte nicht aufhören. Daß es auch autändige Arbeiter gäbe, sei wohl richtig, aber auf diese allein dürfe die Gesetzgebung nicht zugeschnitten werden. Schon der politische Anstand erfordere, daß endlich Abhilfe geschaffen werde. — Abg. Dr. Pahn (Voll.): Als ich Herrn Götze hörte, schien es mir fast, als wären wir hier in dem Gottheinischen Waldkreis. Erst mein Nachbar machte mich darauf aufmerksam, daß wir hier im Reichstag seien. (Weiterkeit.) Die Verhältnisse im Osten und Westen sind bei uns ganz verschieden. Es liegt das in der historischen Entwicklung. Es geht auf dem Lande nicht einwärts so schlecht zu, wie Götze es behauptet. Noch gibt es patriarchalische Verhältnisse auf dem Lande, und die Behandlung der Arbeiter ist eine gute, eine viel bessere, als wie Sie (zu den Sozialdemokraten) sie in Ihren Verammlungen behandeln (Weiterkeit), oder wie Ihre Arbeiter behandelt werden, wenn Sie Arbeitgeber sind. Meine Freunde sehen heute eine Notwendigkeit für das Reich, sich in diese Materie einzumengen. Denn Preußen hat heute mit der Materie beschäftigt, so ist die Meinung meiner Freunde, daß jedenfalls nicht nur die kontraktbrüchigen Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber, die solche Arbeiter annehmen, bestraft werden sollten. In Süddeutschland mögen die Dinge ganz anders liegen. Aber von den süddeutschen Herren erwarten wir, daß sie uns Norddeutsche mit ihren demokratischen Ideen ungeschoren lassen. Es gilt das auch für Herrn Müller-Meinungen. (Stürmische Weiterkeit.) So denkt die ganze Landwirtschaft, die katholische wie die evangelische. Wer es mit den katholischen Landwirten nicht verderben will, der verzehne sie mit dem Koalitionsrecht der Vandalen. Nach einem Blat aus Naumanns neuer deutscher Wirtschaftspolitik schließt Redner. Damit könnten wir auch einverstanden sein, aber wenn das Neuliberalismus ist, kann ich Herrn Götze nur raten, seinen Neuliberalismus als „Alteien“ an seine jüdischen Freunde zu verkaufen und den Neuliberalismus dafür einzutauschen. (Stürmische Weiterkeit.) — Abg. Dr. Haefel (Reichsp.) befreit, daß auf dem Lande eine Verelendung bestehe. Der Vandalen Arbeiter komme, wenn auch langsam, immer mehr vorwärts. Wenn die Arbeiter darauf verzichteten, die Koalitionsfreiheit im Klasseninteresse zu gebrauchen, dann ließe sich darüber vielleicht reden, aber unter den jetzigen Umständen würde dieses Recht auch für die Vandalen selbst nur ein Dauer-Geschenk sein. — Abg. Dr. Pahn tritt für die sozialdemokratischen Anträge ein. Die jetzige Vielfältigkeit in den Gefindeordnungen sei ein unhaltbarer und ungeheurer Zustand. Auch die unterschiedlichen Behandlungen von landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeitern hinsichtlich der Strafbarkeit des Kontraktbruches müsse aufhören. Koalitionsrecht hätten die landwirtschaftlichen Arbeiter schon in Provinzen, ebenso in Württemberg, Baden und Bayern. Für Bismarck habe schon 1868 einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der § 3 des Gesetzes von 1874, welcher die Befreiung der Verletzung der Dienstpflicht des Gefindes ausprücht, aufheben wollte. Damals also schon wollte Bismarck die Befreiung des Kontraktbruches des Gefindes beseitigen. Damals kam das Gesetz nicht zustande. Daß das heute geschehe, sei doch wohl höchste Zeit. Darauf erlaßt Veranlassung. — (Morgen 1 Uhr: Interventionen der Sozialdemokraten und Polen betreffend Handhabung des Vereinsgesetzes, besonders für die Sprachparagrafen. Schluß 6 Uhr.)

Aus den Reichstagskommissionen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Finanz- und Steuerkommission begann die Beratung des Zwischenhandelsmonopols mit Branntwein. Zu einer Beschlussfassung kam es noch nicht. Vom Zentrum, daß das Monopol verwarf, wurde eine Resolution beantragt, wonach für den Fall der Ablehnung des Paragraphen 1 die weitere Beratung des Gesetzesentwurfs ausgesetzt und die verbandelten Regierungen um die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs ersucht werden sollen, durch welchen unter Aufhebung der Malzsteuern, der Materialsteuer und der Brennsteuer und unter gleichzeitiger entsprechender Erhöhung der Verbrauchsabgabe ein höheres Finanzergebnis aus der Branntweinsteuer sichergestellt wird unter Berücksichtigung der Interessen der Landwirtschaft, sowie auch der kleinen und mittleren Brennereien und auch der in einzelnen Teilen des Reiches bei Herstellung des Branntweins erwachsenden höheren Produktionskosten, sowie unter Wahrung der den süddeutschen Staaten zugestandenen Referatrechte. Die Regierung, sowie die Redner der Rechten und der Nationalliberalen wandten sich gegen diese Resolution, Reichspartei und Nationalliberale beantragten folgenden Zusatz zu Paragraph 1: Die Weiterverarbeitung des Branntweins zu Brennbrandtwein und der Handel mit solchem wird ausschließlich der Privatindustrie überlassen. Der Redner der Freireinigen Vereinigung beantragte, in der Resolution des Zentrums aufzunehmen: Die Berücksichtigung der nach Lage, Art und Größe der Brennereien verchiedenen Produktionskosten. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission bewilligte im Extraordinarium des Etats des Innern die geforderten 4 Millionen Mark zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering bedienstete Beamte und debattierte dann über die dritte Rate zur Erweiterung des Kaiser Wilhelm-Kanals (10 Millionen Mark). Der Vertreter der Reichspartei reate eine Nachprüfung des ganzen Objektes an. Es liegen sich wohl Duzende von Millionen sparen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Automobilkommission lehnte § 6, der die Dastimme begrenzt, ab und nahm eine Resolution an, die die Regierung zur Einbringung einer Vorlage über die Bildung einer Zwangsgenossenschaft der Automobilbesitzer zur Entschädigung von Unfällen auffordert.

Preussischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte die erste Sitzung des Stats fort. Der Sozialdemokrat Demmann verdrückte sich zunächst über die Gehälter der Eisenbahnarbeiter, die zu niedrig seien, während man den Arbeitern selbst das Koalitionsrecht vorenthalte. Er behauptet, die Sozialdemokraten seien die wahren Vertreter des Volkes und ihnen allein gehöre die Zukunft. Den Arbeitern sei es zu danken, wenn aus dem feudalen Kaiserreich Preußen ein großer Industriestaat geworden sei. Finanzminister Freiherr v. Helldorf bekräftigt den Sozialdemokraten das Recht, als Vertreter der deutschen Arbeiter sich zu gerieren, und stellte dann fest, daß die gesamte Steuererhebung auf eine Entlastung der Leistungsschwächeren abziele. Von den 88 Millionen Preußen seien 1908 nicht weniger als 52 Proz. vollkommen einkommensteuerfrei gewesen; 42,5 Proz. bezahlten von 900 bis 3100 Mk. Einkommen Steuern. Der Rest von 5,5 Proz., 2 Millionen Köpfe, trage 60 Prozent der gesamten Einkommensteuer. Falls sei es auch, zu behaupten, die Sozialpolitik sei an der Fenerung schuld, denn wir hätten vor dem 5-Mark-Voll höhere Getreidepreise gehabt als jetzt. Die Löhne seien erheblich mehr als die Ernährungsloste gestiegen, was der Minister offenkundig belege. Im weiteren Verlaufe der Debatte sprach sich Abg. v. Krümmel (Jüdeland) dahin aus, daß seine Partei zur nachdrücklichen Bekämpfung der Sozialdemokratie bereit sei, um sie schließlich zum Verschwinden zu bringen. (Lärm bei den Sozialdemokraten: Über verschwinden Sie!) Abg. Dr. Remoldt (Freil.) meinte: Nach neuen Gesetzen gegen die Sozialdemokratie wollen wir nicht aufhören, wohl aber die bestehenden Gesetze energisch handhaben. Abg. Schmitz (Voll.) wies die Behauptung der Sozialdemokraten zurück, daß nur sie das deutsche Volk darstellten. Gehörten denn Bismarck und Roon nicht zum deutschen Volke? Wollte nicht Herr Demmann nicht dazu. (Weiterkeit.) Wie könne dieser, der den stark nach Ausbeutung und Kapitalismus riechenden Titel eines Rentners und Verlagshändlers führe, sich hier als Vertreter der Proletarier aufzuführen? (Weiterkeit.) Abg. Fischer (Freil., Volksp.) wies auf den sozialdemokratischen Wahnterrorismus bei den letzten Wahlen in Berlin und die Bedrohung der Geschäftsleute mit dem Ruin hin. Leute, die sich so das Mandat erschlichen hätten, verdienten nicht die Bezeichnung Volksvertreter. (Stürmische Zustimmung.) Redner wies in scharfen Worten die von sozialdemokratischer Seite wider ihn erhobenen Angriffe zurück und bezeichnete sie als Taktik der Vogelagerer und Strolche. (Stürmischer Beifall. Pluribus bei den Sozialdemokraten. Abg. Hoffmann ruft: Aus Ihnen spricht der Roqnak! Behalte Cholera. Präsißent v. Kröner bat, die verben Ausdrücke zu mäßigen. Weiterkeit.) — Der Etat wurde schließlich an die Budgetkommission verwiesen. Montag 12 Uhr: Wahlrechtsanträge.

Zum Besuche König Eduards in Berlin.

London. Das amtliche Programm für den Besuch des Königs und der Königin in Berlin ist noch unvollständig. Das Königspaar wird von London am 8. Februar nach Dover abreisen, von dort auf der königlichen Yacht „Alexandra“ sich nach Calais begeben und von dort nach Berlin, wo sie am 9. Februar eintreffen werden. Sie werden bis 12. Februar in Berlin bleiben und dann direkt nach London zurückkehren.

London. (Priv.-Tel.) „Daily Mail“ bringt die offizielle Liste der Persönlichkeiten, die den König Eduard bei seinem Berliner Besuche begleiten werden. Als Vertreter des englischen Kabinetts wird der Kolonialsekretär Earl of Crewe den König begleiten. Das auswärtige Amt wird durch Sir Charles Hardinge vertreten sein. Als Vertreter der englischen Armee wird Generalleutnant Lord Grenfell, für die englische Marine Admiral Sir George Stanley-Bojaquet die Reise mitmachen. Der König wird ferner begleitet sein von seinem Oberhofmarschall Lord Althorpe und von seinen Stabsadjutanten Oberst Bosonby und Oberst Streatfield.

London. „Standard“ schreibt: „Es hat hier allgemeine Genugtuung hervorgegerufen, daß die städtischen Behörden von Berlin sich entschlossen haben, sich mit dem Kaiser zu vereinigen, um den König und die Königin willkommen zu heißen. Wir freuen uns alle, daß dieser Besuch mehr bedeutet, als bloß eine glänzliche Gelegenheit für eine glänzende Gastfreundschaft, glänzend für den Gast wie für den Wirt. Der Kaiser besitzt die königliche Gabe, eine gelegentliche Höflichkeit zu verinnerlichen und zu verisieren durch eine lebhaft persönliche Derlichkeit. Im allgemeinen wünschen die Engländer mit Deutschland in behändiger herlicher Vertrautheit zu leben, und würden zu diesem Zwecke zu jedem Opfer bereit sein, außer dazu, Verbündete im Stiche zu lassen und Freunden unrein zu werden; aber sie seien genug, die Tatsache anzuerkennen, daß im deutschen Vaterlande machtvolle feindliche Einflüsse gegen eine internationale Annäherung vorhanden seien. Dieser Arabowich behände im guten Glauben.“ Der „Standard“ fährt fort: „Je weniger wir versuchen, unsere Lieder eines Besseren zu belehren, um so eher werden wir Erlös haben. Der Kaiser und Fürst Bismarck haben in der jüngsten Krisis einen heilsamen, friedlichen Einfluß ausgeübt. Freilich an der Seite seines Bundesgenossen stehend, hat Deutschland ohne Hintergedanken an der Veruhigung Europas gearbeitet. England, das zu den Grundpfeilern der deutschen Politik in Europa und Asien nicht mehr im Gegensatz steht, hat sich in Afrika missen gezeigt, ein gemeinames Vorgehen anzubieten und anzunehmen. Hiermit sollte die Grundlage für ein allgemeines Verständnis gegeben sein. Es ist nicht unsere Aufgabe, dem nationalen Ehrgeiz Deutschlands, sich zu Wasser ebenso stark zu machen wie zu Lande, tüchtige Wegegründe unterzulegen.“

London. Zum Besuche des Königs Eduard in Berlin schreibt „Daily Chronicle“: Wir hoffen ernstlich, daß der Besuch des Königs beim Kaiser dazu beitragen wird, die Beziehungen zwischen dem britischen und deutschen Volke zu festigen und zu stärken. Der politische Ausblick auf ein besseres gegenseitiges Verständnis ist in diesem Augenblicke glänzlicher denn je in den jüngst verflochtenen Tagen. Die Orientfrage nähert sich ihrer Beilegung. Die Frittenpolitik jedes der beiden Länder ist vollkommen klar bestimmt, wenn eins dem anderen die Handlungsfreiheit einräumt, die es für sich selbst in Anspruch nimmt. Es ist in der Tat kein Spielraum für unwürdigen Verdacht und unnötige Mißverständnisse vorhanden. Wir vertrauen, daß der Besuch des Königs daran mitwirken werde, die Ansicht zu befestigen, die englische Politik sei von dem Wunsche beherrscht, Deutschland zu stilleren.

Die deutschen Flottenübungen in den dänischen Gewässern.

Kopenhagen. (Priv.-Tel.) Der Konseilpräsident Reerød hat sich einem Zeitungsmanne gegenüber über die Flottenübungen der deutschen Marine in dänischen Gewässern ausgesprochen und erklärt, daß von deutscher Seite nicht das mindeste geschähe wäre, wodurch Dänemark sich beunruhigt oder in seinem Hoheitsrechte gekränkt fühlen müßte. Derartige Manöver wären deutsches Recht und alle entstellenden Gerüchte darüber beklagenswert und schädlich.

Demission und Resignation des Herzogs der Abruzzen?

Paris. (Priv.-Tel.) „Petit Parisien“ läßt sich berichten, der Herzog der Abruzzen habe dem König seine Demission als Schiffskommandant überreicht und erklärt, aus der königlichen Familie auszutreten zu wollen. Der Herzog verzichte auf seinen Titel als Herzog, auf seinen Rang und alle Vorteile seiner Würde. Er hoffe, so die Hindernisse, die seiner Heirat mit Mich. Elis entgegenstehen, aus dem Wege zu schaffen. Der König

habe jedoch die Demission und Resignation abgelehnt. Der Herzog soll aber bei seinem Antrage verharren.

Mailand. (Priv.-Tel.) Wie „Corriere della Sera“ aus Turin meldet, hat der Herzog der Abruzzen der Kaiserin ein Ehrenkreuz seines Vaters, bei der alle Familienmitglieder anwesend waren, nicht beigegeben, woraus aus einer tiefgehenden Bestimmung zwischen ihm und seinem Bruder, dem Herzog von Aosta, geschlossen wird.

Sus Sage im Orient.

Konstantinopel. Die türkischen Blätter veröffentlichen den Wortlaut des aus neun Punkten bestehenden Protokoll-Entwurfs über die österreichisch-ungarisch-türkischen Verhandlungen. In Artikel 5 verpflichtet sich Oesterreich-Ungarn, binnen zwei Jahren nach der Unterschrift des Vertrages einen Handelsvertrag mit der Türkei abzuschließen, und amert nicht auf der Grundlage der Kapitulationen. In der bereits ebenfalls bekannten Bestimmung über die Religionsfreiheit der in Bosnien und der Herzegovina wohnenden Mohammedaner ist zu bemerken, daß in den Gebeten nicht, wie die Blätter melden, der Name des Sultans, sondern der Name des Khalifen als Religionsoberhaupt genannt werden soll. Die Mohammedaner können hier früher vom Schick Islam ab, dem das Recht der Ernennung des ersten Kalifen zusteht. Der Ausdruck „Annerxon“ fehlt in dem Entwurfe, dafür ist „Anerkennung des jetzigen Zustandes“ gesetzt. Das in den ursprünglichen österreichisch-ungarischen Vorschlägen erwähnte Schutzbild über die katholischen Albanesen ist in dem Entwurfe nicht angeführt. Die ebenfalls bereits gemeldete Bestimmung bezüglich des Auswandererrechts dürfte ebenso in einigen Punkten zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben.

Saloniki. (Priv.-Tel.) Vorläufig läßt das Konstantinopel-Komitee weder hier noch im Innern des Landes die Aufhebung der Sperre gegen Waren aus Oesterreich, Ungarn zu und scheint selbst Gewaltmittel nicht, um die Sperre aufrecht zu erhalten.

Konstantinopel. Dem „Idham“ zufolge wurde das Ministerium des Äußeren beauftragt, der griechischen Regierung im Wege der türkischen Gesandtschaft in kategorischer Weise zur Kenntnis zu bringen, daß es aus sachlichen sei, daß die Türkei Kreta gegen Geld aufgeben. Aus Mazedonien werden Protestmeetings gegen die Annexion Kretas gemeldet.

Konstantinopel. Die Angelegenheit des orthodoxen Patriarchats von Jerusalem wird immer verwickelter. Nach einer Depesche des Patriarchatsverweisers hat eine große Zahl Eingeborener das Patriarchat besetzt, das nun militärisch bewacht wird. Der abgelegte Patriarch hat sich an die Pforte telegraphisch mit der Bitte um Beirathung seiner Gegner gewandt. Den Blättern zufolge hat die Pforte nach Jerusalem vier Bataillone geschickt.

Konstantinopel. Den Blättern zufolge soll die Untersuchung die Ursache der Mitglieder des Komitees „Fedaikaran“ festgestellt haben. Der Herausgeber des Journals „Hürriyyet-i Milliye“ wurde freigelassen.

Erdbeben.

Reggio di Calabria. Heute früh 4 Uhr wurde ein neuerliches, sehr merkwürdiges Erdstöße verpakt.

Konstantinopel. Gestern hat sich in Smyrna und anderen Orten der kleinasiatischen Küste ein heftiges Erdbeben ereignet. Während in Smyrna kein Schaden angerichtet wurde, sind in Menemen 6 Häuser zerstört und in Jostichatin 12 Personen getötet und mehrere verletzt worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Prinz Ernst von Bismarck, der gestern im Alter von 50 Jahren gestorben ist, wird morgen in Ulm verbrannt. Das ist der erste Fall der Feuerbestattung bei einem Mitgliede eines regierenden deutschen Fürstenhauses.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie der „Times“ aus Kapstadt gemeldet wird, ist dort eine Deputation von Besshern von Diamantenfeldern in Deutsch-Südwestafrika eingetroffen, die morgen mit dem Postdampfer nach Deutschland reist, um Staatssekretär Dernburg gewisse Beschwerden zu unterbreiten. Im Reichsministerium ist von der bevorstehenden Ankunft einer Deputation aus Südwestafrika noch nichts bekannt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Graf Seppelin weiß augenblicklich in Berlin. Die Vermählung seiner Tochter mit dem Oberleutnant Freiherrn von Brandenstein wird in nächster Zeit stattfinden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Geh. Oefonomizier Prof. Dr. von Langsdorff zu Tharandt erhielt aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem beim hiesigen Aufsichtsamt für Privatversicherung bestehenden Versicherungsbereich der preussischen Kronenorden 3. Klasse. Bankdirektor Schmidt, 1. Vorstandsbearbeiter der Reichsbankhauptstelle in Dresden, erhielt das Komturkreuz des Ordens der rumänischen Krone. Polizeinspektor Panizza zu Weh und der Polizeikommissar Rudinow zu Strahburg (Elsaß) erhielten das Ritterkreuz 2. Klasse des sächsischen Albrechtsordens, Schulmannschaftsmeister Krauselt-Strahburg (Elsaß) das sächsische Ehrenkreuz, die Schulleute Eckert zu Weh und Peggoldt zu Strahburg (Elsaß) die Friedrich-August-Medaille in Silber und der Polizeichef mit dem Rang eines Polizeihauptmanns Witzel im Gouvernement Kautschou die sächsische Landwehrdienstauszeichnung 1. Klasse.

Dresdau. (Priv.-Tel.) Der „Schl. Jg.“ zufolge wäre kein schließlicher Magnat, sondern der Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn-Kiel der Inspirator der Artikel in der Wiener „Reichspost“ gegen den Fürsten Bismarck.

Stuttgart. Die Zweite Kammer hat in der heute fortgesetzten Beratung über die Anträge betreffend Gas-, Elektrizitäts- und Weinsteuern zwei Anträge des Zentrums angenommen, in denen die Regierung ersucht wird, in den weiteren Verhandlungen des Bundesrats über die Reichsfinanzreform nicht mehr für die genannten Steuern einzutreten. Ferner wurde eine Resolution der Volkspartei angenommen, in der die Zweite Kammer, abweichend von der Auffassung der Staatsregierung, der Ansicht Ausdruck gibt, daß die von der Reichsregierung dem Reichstage vorgeschlagene Gas- und Elektrizitätssteuer eine zu verwerfliche schwere Beeinträchtigung der technischen Entwicklung und eine ungerechtfertigte Belastung des Mittelstandes und der Gemeinden bedeutet; 2. daß die von der Regierung dem Reichstage vorgeschlagene Flaschenweinsteuer eine die Weinbau treibenden Gegenden des Reiches, damit auch Württemberg, einseitig treffende und schon deshalb zu verwerfende Belastung darstelle, außerdem aber auch noch die Gefahr der Entwicklung zu einer allgemeinen Reichsweinsteuer in sich trage, die mit den Interessen Württembergs unverträglich und mit den Württemberg bei der Gründung des Reiches gegebenen Zusagen unverträglich sei. Die Zweite Kammer spricht daher die Hoffnung aus, daß der Reichstag den genannten Steuern die Zustimmung verweigern werde.

Samburg. (Priv.-Tel.) Aus dem Rüdchenheim Blohmische-Wildnis, dessen Hauswörter Colander wegen Mißhandlung verurteilt wurde, sind heute vormittag 12 Zöglinge entwichen.

Wien. Das Abgeordnetenhaus trat heute wieder zusammen. Eingebbracht wurden Gesetze betreffend die Errichtung einer selbständigen italienischen Fakultät in Wien, Änderung des Verzeßgesetzes (Vorbehalt des Rosenbergs für den Staat), Rekrutenkontingent für 1909 und bez. Arbeiterauschüsse, sowie Sicherheitsmänner beim Bergbau. Das Haus verhandelte über Dringlichkeitsanträge.